

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Geschäftsstellen und Postämter, an denen das „Wilsdruffer Tageblatt“ bestellt werden kann, sind in der Liste der Abonnenten angegeben. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Abonnementpreis: die 4 gespaltene Raumeile 20 Kpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf. Fernsprecher: Am Wilsdruff Nr. 6. Für die Möglichkeit der Abbestellung durch den Abonnenten wird keine Garantie übernommen. Jeder Abbestellungsfall ist durch den Betrag durch den Abbestellenden zu bestätigen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 293 — 91. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postkod.: Dresden 2640 — Donnerstag, den 15. Dezember 1932

Vertragsbruch!

Auch wenn in einem Parlament irgendeines Landes vierzehn Stunden hindurch gesprochen wird und man sich dabei streng an das Thema hält, dann ist damit noch längst nicht gesagt, daß in dieser langen Zeit die Temperamente versprudeln und nur noch die rein sachlichen Gründe und Überlegungen wirken. Vielmehr ist der Sturz Herriots durch Ablehnung des von ihm gebilligten Vertrauensantrages eine ganz ausgesprochene Temperamentsfrage der französischen Deputiertenkammer. Zum erstenmal nach dem Kriege sieht Frankreich, das in unzähligen Fällen deutschen Revisionsvorschlägen über die Versailler Tributbestimmungen entgegengetreten war, nun selbst auf das kalte amerikanische Reil! Daß sich Amerika auf nichts einließ, jeden Vorbehalt, ja jeden Vorschlag juristisch und auf weiter nichts als auf prompte Zahlung bestand, immer nur den Mellon-Berenguerischen Schuldzahlungsvorschlag zwischen Frankreich und Amerika als maßgebend erklärte, — das alles reizte die Stimmung in der Deputiertenkammer zu immer leidenschaftlicheren Ausbrüchen, von denen sich auch der Ministerpräsident Herriot in seiner dreihündigen Rede keineswegs freihielt. Nicht einmal an die alte Weisheit erinnerte er sich, daß es in der Politik keine Dankbarkeit gibt, — und schließlich kann und muß doch Frankreich den Amerikanern wegen Haltung im Weltkrieg ein großes dankbares sein als unangebracht! Hier wird aber französische Sinesedart in einem äußerst empfindlichen Punkte berührt. Daraus erwuchs in der Kammer eine Kri trotz gegen Amerika, und aus diesem Stimmungsmäßigen heraus will man mit dem Sturz des amtierenden Kabinetts vor aller Welt demonstrieren, daß Frankreich die ganze Angelegenheit der Kriegsschuldenfrage außerordentlich ernst nehme. Nicht also um eine innenpolitische Krise handelt es sich hier, sondern um eine nationale Aufwallung, um eine patriotische Protestaktion. Ablehnung jedes englischen Vorbehalts, Nichtzahlungsbefehl Belgiens, schließlich die amerikanische Antwortnote an Frankreich, die für später Verhandlungen in Aussicht stellt, für jetzt aber unbedingte Zahlung verlangt, — das alles machte die Position Herriots in der Kammer immer hoffnungsloser, stachelte die Leidenschaften und den Trotz der Parlamentarier immer mehr an. Offiziell ging die Verhandlung um den Wortlaut der mit Vorbehalt versehenen Antwortnote an Amerika, die die Bereitwilligkeit zur Zahlung ausspricht; schon die Ausschüsse hatten mit großen Mehrheiten diese Note abgelehnt. Eigentlich war und — ist man in Paris und in der Kammer ratlos, was denn nun statt dessen geschehen soll, was Herriot vorschlug; denn jede neue Regierung steht genau vor demselben Problem.

Was ein „kleiner“ Unterschied ist dabei: das Mellon-Berenguerische Schuldenabkommen ist durch die Nichtzahlung der Schuldzinsen am 15. Dezember 1932 gebrochen worden durch dieselben französischen Volksvertreter, durch dieselben Parteien und ihre Führer, die so oft — Deutschland gegenüber die „unzerstörbare Heiligkeit der Verträge“ betonten. Die Begründung für Frankreichs grundförmlichen dreimaligen Protest gegen die Zahlung der Kriegsschulden überhaupt liegt nicht, als seien diese Gründe abgeschrieben aus den deutschen Akten, die immer wieder auf den wirtschaftlichen Wahnsinn von „Zahlungen ohne Gegenleistung“ hinweisen. Das ist zwar richtig, nur besteht auch hier ein „kleiner“ Unterschied: Frankreich hat ja in riesenhaftem Umfang Gegenleistungen in Form von Waffen, Munition und sonstigen Lieferungen während des Krieges und hernach tatsächlich empfangen, Deutschland aber niemals. Und unsere Zahlungsverpflichtungen gingen weit hinaus selbst über jene Kriegsschulden, die Frankreich an Amerika und England zu bezahlen hat.

Bricht man aber selbst einen Vertrag, so kann man nicht einmal juristisch, geschweige denn moralisch von einem anderen die Innehaltung von Verträgen fordern, die man diesem außerdem geradezu unter Drohungen abgepreßt hat! Und wenn sich Herriot und andere Debattierredner verlesen lassen, immer wieder zu betonen, daß durch das Vorgehen Amerikas auch das Lausanner Abkommen gefährdet werde, mithin der „alte Zustand“ — also der Young-Plan — wieder hergestellt werden müsse, so ist heute die juristische und moralische Durchschlagkraft eines solchen Verlangens unter Hinweis auf die „Heiligkeit der Verträge“ erheblich geschwächt. Auch das an Lausanne sich anschließende „Gentleman agreement“, die englisch-französisch-italienisch-belgische Übereinkunft zu gemeinsamem Vorgehen in der Schuldenfrage, ist praktisch zerstört; denn die eine Hälfte der vier Partner zahlt seine Schulden, Frankreich und Belgien aber tun es nicht. Was allerdings aus dem anderen Teil jener Übereinkunft wird, wo die Beratungen getroffen, die Lausanner Beschlüsse nur dann zu ratifizieren, wenn mit Amerika eine befriedigende Regelung der Kriegsschuldenfrage zustande gebracht wird, — das freilich läßt sich heute und für die nächste Zeit nicht sagen. Und das ist das verhängnisvolle Wesen dieser Ereignisse: die lähmende Ungeheilbarkeit darüber, ob und wann und wie man endlich zu einer vernünftigen „Vereinigung“ der ganzen Welt auch von den finanziellen Folgen des Krieges kommt.

Der Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Warmbold.

In der Hauptauschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt Reichswirtschaftsminister Warmbold eine Rede, in der er u. a. sagte:

Man habe zu weitgehende Hoffnungen und Erwartungen an das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom 4. September geknüpft. Denn es sei doch für jeden wirtschaftlich Denkenden klar, daß der Gesamterfolg der Vorseitigung der Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 1 1/2 Millionen unmöglich in etwa zwei bis drei Monaten erreicht werden könnte. Weiter sei zu bedenken, daß wichtige Teile, wie z. B. die Steuerreform und die Beschäftigungsprämien, überhaupt erst nach vier bis fünf Monaten ins Leben treten sollten. Bis dahin konnte es sich bei dem Wirtschaftsprogramm lediglich darum handeln, den vorher ununterbrochenen

Deflationsprozeß zum Stillstand zu bringen, und die Vorbereitung dafür zu treffen, daß wir jedenfalls den Anstoß zu einem eventuellen Konjunkturumschwung in der Welt rechtzeitig zu finden in der Lage sein werden.

Die neue Reichsregierung werde an den drei Maßnahmen: Einführung von Steuergutscheinen an die Wirtschaft für Sicherentrichtung, in Form von Steuergutscheinen zu gewährenden Beschäftigungsprämien und Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwas mehr als 1/2 Milliarden Mark festhalten. Bei allen Maßnahmen stehe die Realisierung zum größten Teil noch bevor.

Es sei bekannt, daß die Steuergutscheine für die genannten Zwecke erst zu einem verschwindend kleinen Teil ausgegeben werden könnten. Erst am dem Ende dieses Vierteljahres werde sich übersehen lassen, in welchem Umfange die Steuergutscheine für Beschäftigungsprämien zum Zuge kommen. Die Arbeitsbeschaffung bedürfe naturgemäß eines gewissen Anlaufzeitraumes. Es sei daher auch nicht verwunderlich, daß heute, drei Monate nach Verkündung des Wirtschaftsprogramms, die Arbeitsbeschaffung erst auf Teilgebieten wirksam geworden sei.

Man hatte das Wirtschaftsprogramm als einen Einjahresplan bezeichnet. Man soll sich dessen bewußt bleiben, daß von diesem Jahr praktisch erst 2 1/2 Monate verstrichen seien.

Der Minister ging darauf zu einer Schilderung der wirtschaftlichen Lage über und zeigte bei den Warengruppen das Ansteigen der Weltmarktpreise seit dem Tiefpunkt der Monate Juni und Juli an. Ebenso seien die Kennziffern der Außenkurse, die Indexziffer der Kurse der festverzinslichen Papiere und auch die Kennziffern für die industrielle Produktion gestiegen.

Auch die nächsternste Betrachtung der Ziffern kann nicht leugnen, daß hier eine Wendung eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Bewegung zu verstärken. Das wird insbesondere durch zwei Umstände geschehen: einmal dadurch, daß sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm erst in der Zukunft in eine Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit umsetzen wird und zweitens dadurch, daß dieses Programm durch weitere zusätzliche Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll.

Nur solche Arbeiten werden gefördert werden dürfen, die volkswirtschaftlich nützlich seien und aus dem Zukunftsertrag verzinst und getilgt werden können. Ferner sollten die Arbeiten vorzugsweise an Unternehmern vergeben werden. Weiterhin werde man nur kurzfristige Arbeiten übernehmen, damit sie, sobald die private Wirtschaft in das erstrebte größere Volumen hineingewachsen sei, alsbald gedrosselt und abgebrochen werden könnten. Schließlich dürfe die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, welche in keiner Weise die Währungsgefährdung bürde.

Der Minister erinnerte daran, daß wir drei Jahre hindurch überall ausschließlich Abwärtsbewegung und Schrumpfung erlebt hätten. Schon die Tatsache, daß diese Schrumpfung aufgehört habe, müsse uns mit Befriedigung erfüllen: Wir könnten nun endlich einen schlagartigen sofortigen Übergang in Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten. Vor allem sei Rückkehr des Vertrauens und der Ruhe erforderlich. Es gelte, die natürlichen Erscheinungen der Erholung zu verstärken durch eine stetige, Experimenten abholde Wirtschaftspolitik.

„Freie Wirtschaft in einem starken Staat!“

Nach Prof. Dr. Warmbold sprach Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk auf der Hauptauschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Eingangs gab der Reichsfinanzminister einen Rückblick auf die erschütternden Auswirkungen der Konjunkturbedingtheit der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren, die in der Zeit von 1929 bis 1932 alles in allem zu einer Verschlechterung der Staats von Reich, Ländern und Gemeinden um etwa 10 Milliarden Mark geführt hätten. Am Ende einer solchen Entwicklung hätte das Chaos oder die Inflation geklungen, wenn man nicht mit allen Mitteln versucht hätte, das Schiff der öffentlichen Finanzen zwischen Sphla und Charobbis hindurchzuführen. Man hätte dies erreicht einerseits durch außerordentlich drückende Erhöhungen auf der Einnahmenseite und durch schärfste Kürzungen auf der Ausgabenseite die bei den personellen Ausgaben 1,6 Milliarden und bei den sachlichen Ausgaben 3,5 Milliarden Mark betragen hätten.

Bei dieser Politik hatte man mit einer doppelten Tragik zu kämpfen: Einmal mit einer Schuld der Vergangenheit, weil nämlich in den Jahren vor Beginn der Krise keine systematische Staatskonjunkturpolitik betrieben worden sei, die darin bestünde, in guten Zeiten Reserven zur Überbrückung schlechterer Jahre anzusammeln. Die zweite Tragik lag darin, daß die Maßnahmen, die man zur Behebung der Notlage der öffentlichen Finanzen durchführen mußte, noch teilsenerverschärfend wirkten.

Diese Politik mußte gerade auch vom Standpunkt des Reichsfinanzministers aus in dem Augenblick umgestaltet werden, als der Boden der Krise erreicht war, um die Wiederbelebung in der Privatwirtschaft zu erleichtern und zu fördern. Sanierung des Staats durch Entlastung der Wirtschaft, das ist der Grundgedanke der Steuergutscheine.

Auf die Frage, ob es nicht leichtsinnig sei, den Weg der Vorbelastung zukünftiger Jahre durch Schaffung der Steuergutscheine zu gehen, müsse man darauf hinweisen, daß die Vorbelastung 300 bis 500 Millionen Mark pro Jahr ausmache, gegenüber einem Rückgang in den öffentlichen Finanzen von 10 Milliarden Mark von 1929 bis 1932.

Im übrigen betonte der Minister, daß gerade in diesen Zeiten eine Politik der unbedingten Sparsamkeit und der organisatorischen Reform betrieben werden müsse. Unter das Kapitel Subventionen müsse ein Schlussschritt gezogen werden. Je mehr der Staat sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet beschränke, um so sauberer und stärker werde er sein. Etwaige Mißbräuche, die sich bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms ergeben könnten, insbesondere die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung müsse die Wirtschaft von sich aus bekämpfen, um das Ziel zu erreichen: ehrbare Wirtschaft in einem sauberen Staat, freie Wirtschaft in einem starken Staat.

Die Forderungen von Wirtschaft und Industrie.

Krupp von Bohlen vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie.

Die Hauptauschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde in Berlin durch eine Ansprache seines Vorsitzenden Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eröffnet. Der Redner ging auf die Wirtschaftspolitik der Regierung von Papen ein, die schlagartig eine Vertrauenswelle hervorgerufen habe. Es sei zu wünschen, daß die Regierung Schleicher sorgfältig darauf bedacht sein möge, die Grundlinien des Programms der Papen-Regierung zu wahren. Wirtschaft und Industrie seien fest entschlossen, alle produktiven Kräfte einzusetzen, und es wäre außerordentlich verhängnisvoll, wenn diese Bemühungen durch parteipolitische Umstände zu nichte gemacht würden. Der Redner legte ein Bekenntnis zur Privatwirtschaft ab und forderte die Wiederherstellung einer klaren Scheidung zwischen den Aufgaben des Staates und denen der Privatwirtschaft. Er schloß mit den Worten: „Verlangt von der Wirtschaft ein Höchstmaß an Leistungen, aber gebt ihr hierfür durch Befreiung der unnatürlichen parteipolitischen und machtpolitischen Hemmungen eine wirkliche ehrliche Chance!“

Aufhebung der Tariflohnentung.

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit veröffentlicht. Die Verordnung lautet:

Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 tritt hinfällig.